

Die Energiewende als Gemeinschaftswerk

Wolfgang George¹

Fünf gute Gründe für die Energiewende

Der Verfasser ist Befürworter des Umbaus der Energiewirtschaft zugunsten eines dezentralen, auf erneuerbare Energien beruhenden Geschäftsmodells. Fünf zentrale Erkenntnisse begründen dies:

- Die **globale Verantwortung** gegenüber Umwelt und Klima.
- Die dauerhaft **friedliche Koexistenz** der Völkergemeinschaft.
- Die größere **Nähe** zwischen **Energiebereitstellung, deren Bedarf und Steuerung**.
- Die **finanzielle Teilhabe der (kommunalen) Gemeinschaft** durch regionale Wertschöpfung.
- Die **Technik- und Verfahrensinnovation** als Säule deutscher Binnen- und Außenwirtschaft.

Der Umbau sollte an diesen Zielstellungen orientiert (a), die verschiedenen Interessen bestmöglich balanciert (b) und weitgehend transparent organisiert werden (c). Hierfür werden definierte Leitplanken bzw. eine **Road-Map** benötigt: welche Interessengruppen sind einzubeziehen, welche Zeitvorgaben sind zu beachten, wie die öffentliche Berichterstattung zu organisieren ist, etc. Es gilt den idealen **Mix äußerer, gesetzlicher Vorgaben** und **endogener, unternehmerischer Handlungen** zu induzieren, die zum Erreichen der anspruchsvollen Ziele notwendig sind. Gleichzeitig muss der in Gang gebrachte Umsetzungsprozess aufgrund von Neuerungen und Fehleinschätzungen systematisch lernend fortentwickelt werden. All dies kann ein koordiniertes **Multiprojektmanagement**, das in Folge eines **Masterplans** und dessen Monitoring initiiert wird, leisten. Der Beitrag gibt Anregungen, wie die Integration der Bürger gelingen kann.



Prof. Dr. George (l.) im Gespräch mit Klaus Töpfer (r.)

Die Rolle des Bürgers in Zeiten der Energiewende

Allen politisch Verantwortlichen ist bewusst, dass der formulierte Umbau in seiner Konsequenz über Jahre hinweg zu vielen (hundert-) **tausend neuen Einspeisepunkten führt und** dass dieses Programm nur mit, und **niemals folgenlos gegen die Bürger**, betroffenen Gemeinden und Regionen, durchgesetzt werden kann. Wie dies auch praktisch erreicht werden kann, liegt indes noch immer weitgehend im Dunkeln. Da weder ein expliziter bundesweitgültiger Masterplan, noch eine systematisch organisierte Datenbank der Länder oder Landkreise existiert, die das neue Wissen und Erfahrungen zusammenführt und in einer Institution vereint, gelingt es aktuell nur sehr schwer, die kurzen und zielführenden Wege systematisch zu identifizieren. Ja, es besteht sogar die Befürchtung, die mehrheitlich von den Bürgern bis heute gewünschte Energiewende könnte durch deren Widerstand vor Ort ausgebremst werden. Was läuft hier verkehrt?

Geringe Erfahrungen

Die bestehende, sich z.T. unkoordiniert darstellende Situation kann nicht wirklich überraschen. Das angekündigte Vorhaben ist einzigartig und ohne Modell (a), die aktive Einbeziehung der Bürger in ein

¹ Der Verfasser ist Leiter des TransMit-Zentrums für Versorgungsforschung, Aufsichtsratsvorsitzender der Sonnenland eG, Buseck, Verwaltungsrat des Instituts für Genossenschaftswesen, Universität Marburg und Vorstandsvorsitzender der Andramedios eG, Gießen und Honorarprofessor der THM. Er hat über 150 Publikationen mit dem Schwerpunkt Gesundheits- und Energieversorgung verfasst und ist Herausgeber und Autor der 7-bändigen Buchreihe: Regionales Zukunftsmanagement.

laufendes Verfahren dieses Ausmaßes ist unbekannt (b) und wie Stuttgart 21 zeigt, von potentiellen Konflikten und Fallgruben bedroht (c). Wie soll bei diesen schwierigen Randbedingungen eine wirtschaftliche Beteiligung der Gesellschaft gelingen?

Die Beteiligung an relevanten Investitionsgütern und öffentlicher Infrastruktur war früher in den Programmen der tragenden gesellschaftlichen Kräfte und Parteien zu finden. Zwischenzeitlich steht dieses Ziel nicht mehr auf der Agenda. Als Partner für solche öffentlichen Investitionen kamen bisher überraschender Weise allenfalls externe Investoren in Form von Public-**Private**-Partnershipmodellen in Betracht. Kurzum, es existiert **keine Praxiserfahrung** für **eine flächengültige wirtschaftliche Bürgerbeteiligung**.² Allein dieses zusätzliche Defizit, das keiner der verantwortlich Handelnden zugeben möchte, kann in der ohnehin komplizierten Situation nicht ohne Folgen bleiben.

Dabei ist klar, dass die bis heute in den Planungen und der öffentlichen Auseinandersetzung weitgehend fehlende Beschreibung einer **fairen wirtschaftlichen Beteiligung der Bevölkerung** den entstandenen **gordischen Knoten** „Ja, wir wollen die Energiewende“ versus „Nicht in unserer Nachbarschaft“ lösen kann.

Und dies insbesondere dann, wenn es das erklärte Ziel sein muss, **möglichst viele** zu ökonomischen Gewinnern der Energiewende zu machen. Auch wirtschaftlich schwache und gesellschaftliche Randgruppen, die alleine nicht den Weg zu wirtschaftlichen Erlösen finden, müssen und können integriert werden. Kirchen, Wohnungsbaugesellschaften sowie Genossenschaften haben bereits Lösungen realisiert, die zeigen, wie die Energiewende als wirkliches **Gemeinschaftswerk** in Form von Public-**Citizen**-Partnershipmodellen gelingen kann³.

Aktuell muss indes festgehalten werden, dass die Angebote der Bürgereinbindung vielfach nicht allzu verlockend klingen. Kleine Spar- und Beteiligungsbriefe sind hierfür kaum angemessen und/oder finden nicht den Weg zu denen, die erreicht werden müssen. So stellt sich die Frage, ob das bisher Erreichte wirklich vorzeigbar ist?

Vorzeigbare Zwischenbilanz

Es existieren Lösungen, in denen Bürger – auch mit kleiner Anlage und einer Stimme -- eine angemessene Beteiligung am großen Geschehen ermöglicht wird. Allein über 750 Energiegenossenschaften mit 130.000 Mitgliedern und einer Einlage von ca. 1.2 MRD Euro sind in nur wenigen Jahren deutschlandweit entstanden. Als Resultat -- auch deren Investitionen -- konnte **2012** eine **regionale Wertschöpfung von ca. 25 MRD Euro** bei gleichzeitiger Reduktion der Erdöl- und Erdgasimporte im Wert von ca. 10 MRD Euro erreicht werden. Eine Wertschöpfung und Umverteilung, die prinzipiell allen Menschen vor Ort zu nutzen kommt. Die ersten 100 Euro der ca. 1.750 Euro hohen Pro-Kopf-Energiekosten bleiben zusätzlich in der häufig ländlich geprägten Region. Nach Aussage des Bundesumweltamtes konnten 2012 durch die Erneuerbaren Energien 101 MRD Tonnen Treibhausgase vermieden werden. Das Bioenergiedorf Oberrospe im Marburgerland hat in dessen 5-jährigen Existenz mit ca. 6.000 Tonnen dazu beigetragen.

Leider finden diese eindrucksvollen Ergebnisse – die keinesfalls den Endpunkt der **volkswirtschaftlich wünschenswerten Entwicklung** ausmachen -- bis heute kaum eine Rolle in der erregten und oft polemisch geführten Diskussion. Die Chancen, welche das zuletzt nur noch attackierte **Erneuerbare Energien Gesetz** für einen gerechteren Ausgleich zwischen Erzeugern, Bürgern und der Umwelt bietet – wenn es denn in deren Sinn gestaltet wird – werden öffentlich und in den Medien seit längerer Zeit nicht mehr vermittelt.

² Es ist ausdrücklich anerkennend zu erwähnen, dass Bundesminister Altmaier diese Möglichkeit für die anstehenden Trasseninvestitionen anstrebt.

³ Mit Energiearmut als Folge der Energiewende zu drohen ist ein allzu durchsichtiges Unterfangen derer, die sich üblicher Weise kaum Sorgen um die wirtschaftliche Existenz Dritter machen. Arm wird niemand aufgrund der Stromkosten. Siehe hierzu die Beiträge zur sozialen Bilanzierung der Energiewende, Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam 2013

Zugleich braucht man sich nichts vorzumachen: auch in den gegründeten Energiegenossenschaften sind die handelnden Personen nicht immer darauf vorbereitet, wie die notwendigen Abstimmungs- und Einbindungsprozesse möglichst vieler Bürger gelingen, wie den **berechtigten Interessen des Natur- und Lebensraumschutzes** in den Projekten Rechnung getragen wird, damit das Gemeinschaftswerk **über Generationen hinweg** gelingen kann. Aber warum sollte es ausgerechnet den betroffenen Bürgern und deren Initiativen besser gehen als den Experten und Politikern?

Formate der Partizipation

Zur Wiederholung: Es besteht eine hochsignifikante Beziehung zwischen Ausmaß des eigenen Nutzens und der Akzeptanz von Ereignissen oder, wie in unserem Fall, der Erstellung von Anlagen der Energiebereitstellung oder auch des Stromtrassenbaus.⁴

Der Rasenmäher des Nachbarn lärmt höllisch (kein Nutzen, nur Ärger), der Klang des eigenen Mähens wird dagegen – und dies bei gleicher Dezibel-Zahl – fast nicht wahrgenommen⁵. Als Höllenlärm mit Infraschallanteil und Schadstoffausstoß schon gar nicht. Um im Bild zu bleiben: die Windmühlen müssen den anliegenden Gemeinden und **Bürgern „mitgehören“**. Dadurch wird nicht alles Gold und noch immer werden nicht alle dabei sein und „Hurra“ rufen, indes die Situation ändert sich qualitativ zugunsten der Erneuerbaren Energien. Dies zeigen nicht nur die neueren Studien, sondern ist **Kernsatz der Technik-Compliance Forschung**. Wissen, das sich auch in dem Satz „Aus Betroffenen Beteiligte machen“ wiederfindet. Die erreichte Akzeptanz erhöht sich nochmals, wenn es gelingt, die Kommunen und deren Stadtwerke, gemeinsam mit den Bürgern in eine **kooperativ organisierte Betriebsgesellschaft** einzubeziehen, so dass eine dauerhafte Interessenberücksichtigung stattfinden kann.

Bürgerwillen und Zielsetzungen der Kommune oder deren Stadtwerke/Energieversorgungsunternehmen können und sollten, müssen aber nicht immer zusammengehen! Zugleich eint die Mehrheit das gemeinsame Ziel, **die Energiewende zugunsten eines regionalen Nutzens** zu gestalten. So bietet die Energiewende die Chance zur Gestaltung eines neuen, partizipativen Bürger- bzw. Kundenverständnis. Einige Gemeinden bzw. Stadtwerke in Deutschland können hier inzwischen als Leuchttürme dienen.

Genossenschaften als Staatsziel stärken

Trotz der vorzeigbaren wirtschaftlichen Erfolge, welche die meisten der gegründeten Energiegenossenschaften zwischenzeitlich vorweisen können, wird das oben beschriebene Modell nur dann zu einer wirklich umfassenden Erfolgsgeschichte für die Kommunen, Bürger, Regionalbanken und Wirtschaft vor Ort werden, wenn die **Rechts-, Wirtschafts- und Sozialform der Genossenschaft** weit konsequenter gefördert wird, als dies heute der Fall ist. Hierfür besteht umfassende Berechtigung. Es ist den allerwenigsten Bürgermeistern und auch Bürgern bekannt, dass die **Hessische Landesverfassung** – in dieser ist es der **§ 44** -- die Förderung des Genossenschaftswesens als **explizites Staatsziel** formuliert. Die kooperative Lösung für die gelungene Einbindung der Bürgerschaft ist da, sie verlangt nach ruhiger und systematischer Vervielfältigung. Die Genossenschaftsverbände können dies alleine nicht leisten und müssen unterstützt werden. Doch geht es den Bürgern wirklich nur um das Geld?

Es geht um mehr als Geld

Zusätzlich zu dem finanziellen Nutzen, treten Nutzen, die sich aus **persönlichen Werten** (Wissen um Unabhängigkeit, um Versorgungssicherheit, um CO2-Reduktion, etc.) und mit diesen verbundenen

⁴ Welche wir bei dezentraler Erzeugung und Smart-Grid Einsatz weit weniger benötigen als häufig berichtet wird.

⁵ Von der freudigen Erregung die vielfach, insbesondere bei männlichen Benutzern zu beobachten ist, soll an dieser Stelle abgesehen werden.

Emotionen ergeben. Gerade weil beide das Verhalten der Menschen maßgeblich determinieren, ist es schwer verständlich, dass die Bedeutung der **Werte-Kommunikation** der Energiewende von deren Förderern nicht ausreichend erkannt wird. Dieser Vorwurf ist keinesfalls nur an die Politik zu adressieren, sondern auch an zahlreiche der neuen „Player“ und deren Marketing (zu dem durchaus auch abhängige Institute und Interessen-Verbände gehören), die sich -- den Regeln des Marktes folgend -- eher an kurzfristigen Umsatzzielen orientieren, als an nachhaltigen, lebensraumverträglichen Lösungen. Auch die Vertreter der neuen Branche instrumentalisieren die Bürger vielfach und sind an aufgeklärten und emanzipierten Kommunen nicht wirklich interessiert.

So muss dringend verhindert werden, dass die Menschen und Interessengruppen -- ob instrumentalisiert oder aus eigener Unvernunft -- gegeneinander aufgestellt werden und der Gemeindefrieden -- über konstruktiv zu führende Streitgespräche hinaus -- gefährdet wird.

Zugleich darf eine Kultur, die den einzelnen Bürger ernst nimmt, nicht dazu führen, dass einzelne Bürger konsensuell verabschiedete Lösungen gefährden. Sowenig Anlass besteht, sich über den einzelnen Bürger und dessen Entscheidung zu erheben, so wenig Grund besteht auch für dessen unangemessen-narzisstische Glorifizierung.

Projekte, die zu sehr bzw. auf eine ausschließliche Bürgerbeteiligung setzen, sind häufig zum Scheitern verurteilt bzw. können nicht als Beispiel für ein flächenbelastbares Vorgehen dienen. Genau dies verlangt aber die Energiewende. Das Prinzip der **indirekten Demokratie** findet deswegen bis heute ihre Berechtigung und kann in Zeiten der Energiewende neu begründet werden. Es ist **naiv und ein Fehler**, auf **Einstimmigkeit** bei Entscheidungsfindungen zu setzen. Zugleich gilt es eine Kultur zu erhalten, in der als falsch oder nicht mehr gültig erkanntes, revidiert werden kann und dies ohne Beschädigung der persönlichen Rechte und Glaubwürdigkeit der Betroffenen. Es ist sehr wohl möglich „**sich im Streit einig zu sein**“.

Alles wird gut?

Für den Verfasser steht fest, dass die Energiewende wegen der Gültigkeit oben benannter 5 Punkte, **trotz** der erkennbaren **Widerstände** und **Lernaufgaben** zum **Erfolg** führen wird. Die Gründe dafür sind in unserer demokratischen Verfassung und deren Gewährsträger (zu denen etwa auch die Regierungspräsidien gehören), sowie der innovativen Kraft unserer Unternehmen, jungen Mitbürger, Forscher, Hochschulen und schließlich auch der Vernunft der Verbraucher zu finden. Offen bleibt die Frage, wie umfassend es gelingen wird, die Bürger wirtschaftlich in das Großprojekt einzubeziehen. 5-10% Anteil der auf ungefähr 300 MRD Euro geschätzten Investitionen sind machbar und wären ein schöner Erfolg. Hier bleibt aber **Skepsis** angebracht. Warum sollte eine wirtschaftliche Beteiligung gelingen, wo dies bisher nicht möglich war?

Dass darüber hinaus der Ausbau der erneuerbaren Energien **aktive Friedenspolitik** ist, ist mir erst durch die Ausführungen und Begegnungen mit unserem ehemaligen Umweltminister Klaus Töpfer wieder in Erinnerung gebracht worden. Wie hatte ich diese Tatsache vergessen können?

Prof. Dr. Wolfgang George
 Jahnstraße 14
 35394 Gießen
 george@transmit.de
 www.regionales-zukunftsmanagement.de